Ausschuss für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile Erfurt, 19.12.2018

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile am 11.12.2018

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 244, Fischmarkt 1

99084 Erfurt

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 17:25 Uhr

Anwesende Mitglieder des Ausschusses: Siehe Anwesenheitsliste

Abwesende Mitglieder des Ausschusses: Siehe Anwesenheitsliste

stellv. Sitzungsleiter: Herr Poloczek-Becher

Schriftführer/in:

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil Drucksachen-Nummer

- 1. Eröffnung und Begrüßung
- 2. Änderungen zur Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschriften
- 3.1. Genehmigung der Niederschrift aus der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile und des Kriminalpräventiven Rates vom 13.11.2018
- 3.2. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 13.11.2018

4. Dringliche Angelegenheiten 5. Verweisungen von Anfragen des Stadtrates 5.1. Verweisung vom 05.09.2018 1740/18 Vertagung vom 13.11.2018 Flächen- und Waldbrände BE: Fragesteller Herr Metz, Fraktion SPD hinzugezogen: Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft 5.2. 2316/18 Verweisung vom 21.11.2018 Abfallsauger BE: Einwohner hinzugezogen: Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft 5.3. Verweisung vom 21.11.2018 2346/18 Grundstück FFW Ilversgehofen BE: Fragesteller Herr Frenzel, Fraktion SPD hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften 5.3.1. Nachfragen von Herrn Frenzel, Fraktion SPD, aus der Sit-2563/18 zung des StR vom 21.11.2018 zur Drucksache 2346/18 BE: Fragesteller Herr Frenzel, Fraktion SPD hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften 6. Informationen

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Durch den stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile, Herrn Poloczek-Becher, Fraktion FREIE WÄHLER/ FDP/ PIRATEN, wurde die öffentliche Sitzung eröffnet und die form- und fristgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit festgestellt.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Anträge zur Änderung der Tagesordnung lagen nicht vor.

- 3. Genehmigung der Niederschriften
- 3.1. Genehmigung der Niederschrift aus der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile und des Kriminalpräventiven Rates vom 13.11.2018

genehmigt Ja 6 Nein O Enthaltung 2 Befangen O

3.2. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 13.11.2018

genehmigt Ja 6 Nein O Enthaltung 2 Befangen O

4. Dringliche Angelegenheiten

Die Behandlung dringlicher Angelegenheiten war nicht erforderlich.

5. Verweisungen von Anfragen des Stadtrates

5.1. Verweisung vom 05.09.2018

1740/18

Vertagung vom 13.11.2018

Flächen- und Waldbrände

BE: Fragesteller Herr Metz, Fraktion SPD

hinzugezogen: Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit

und Wirtschaft

Es bestand Seitens des Fragestellers, Herrn Metz, Fraktion SPD, kein weiterer Klärungsbedarf.

zur Kenntnis genommen

5.2. Verweisung vom 21.11.2018

2316/18

Abfallsauger BE: Einwohner

hinzugezogen: Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit

und Wirtschaft

Einleitend erkundigte sich Herr Bender, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, beim Beigeordneten für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft, Herrn Linnert, welche Kosten entstehen würden, um die benzinbetriebenen Abfallsauger bzw. Laubbläser vollständig, z. B. durch eine Erhöhung der Personalstellen, außer Betrieb zu nehmen.

Ergänzend zu seinem Vorredner hinterfragte Herr Hagemann, Fraktion CDU, ob die Nutzung dieser benzinbetriebenen Geräte überhaupt noch zeitgemäß wäre. Zum einen sei ein starker Verschleiß bei häufiger Nutzung zu erkennen. Zum anderen würde die Funktionalität bei der Reinigung der Bordsteine zwischen den Autos angezweifelt, da der Abfall überhaupt nicht hinreichend gesammelt werden kann.

Aufgrund des thematischen Zusammenhanges ging Herr Pfistner, Fraktion CDU, auf die Reinigungsintervalle der Unterführung des Hauptbahnhofes Erfurt ein. Aus eigener Erfahrung musste festgestellt werden, dass die Reinigung grundlegend zu hochfrequentierten Zeiten stattfindet und dies sicherlich für Passanten und das Reinigungspersonal gleichermaßen störend ist.

Herr Linnert wies darauf hin, dass nicht nur die Mitarbeiter der SWE Stadtwirtschaft GmbH benzinbetriebene Abfallsauger bzw. Laubbläser, sondern auch eine Vielzahl von Privatpersonen und/ oder privaten Firmen (z. B. Hausverwaltungen u. Wohnungsgesellschaften), verwenden. Hierauf habe die Stadtverwaltung z. B. keinen Einfluss. Bezüglich der Anfrage von Herrn Bender, Herrn Hagemann und Herrn Pfistner wurde eine schriftliche Beantwortung zugesichert. Aus diesem Grund einigte sich der Ausschuss einvernehmlich auf folgende Festlegungen:

Drucksache 2613/18

Festlegungen

Der Ausschuss bittet aufgrund der angeregten Diskussion um Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Wieviel Personalstellen sind erforderlich, um die Abfallsauger komplett zu ersetzen?
- 2. Wie lange beabsichtigt die SWE Stadtwirtschaft GmbH noch am Einsatz der benzinbetriebenen Abfallsauger festzuhalten bzw. welche Lebensdauer haben diese Geräte?

T.: 15.01.2018

V.: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften

Drucksache 2614/18

Festlegungen

Aufgrund des Hinweises von Herrn Pfistner, Fraktion CDU, dass gerade zu den stark frequentierten Morgen- und Nachmittagsstunden eine Reinigung der Bahnhofsunterführung durch die SWE Stadtwirtschaft GmbH erfolgen würde, bittet der Ausschuss um folgende Auskunft:

Zu welcher Uhrzeit und an welchen Tagen ist die Reinigung der Bahnhofsunterführung regelmäßig durch die SWE Stadtwirtschaft GmbH eingeplant und kann ggfls. eine Verlagerung in nicht so stark frequentierte Tageszeiten erfolgen.

T.: 15.01.2018

V.: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften

vertagt

5.3. Verweisung vom 21.11.2018

2346/18

Grundstück FFW Ilversgehofen

BE: Fragesteller Herr Frenzel, Fraktion SPD

hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau,

Verkehr und Liegenschaften

Es erfolgte eine gemeinsame Behandlung mit dem TOP 5.3.1:

An der Beratung beteiligten sich u. a. der Fragesteller, Herr Frenzel, Fraktion SPD; Herr Metz, Fraktion SPD; Herr Hagemann, Fraktion CDU und Herr Pfistner, Fraktion CDU.

Eine Vielzahl von Fragen wurden aufgeworfen, zu welchen Herr Linnert, Beigeordneter für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft, der Leiter des Amtes für Brandschutz, Rettungsdienst u. Katastrophenschutz sowie der Leiter der Abteilung Liegenschaften im Amt für Grundstücks- und Gebäudeverwaltung Stellung nahmen.

- Der Zeithorizont zur Vorlage einer Drucksache zur Entscheidung des Stadtrates wurde hinterfragt.
- Können die notwendigen Fördermittel bis 2020 "verschoben" werden; wurden hierzu bereits Gespräche mit dem Landesverwaltungsamt als Fördermittelgeber geführt?
- Ist bereits abzusehen, wann die Baupläne durch das Planungsbüro vorgelegt werden können?
- Wann kann mit dem Einreichen des Bauantrages gerechnet werden? Weitere Zeitverzögerungen müssen verhindert werden!
- Ist die Verpflichtungsermächtigung bereits Bestandteil des Haushalts und handelt es sich um eine stellplatzbezogene Förderung?

Die für die die Baumaßnahme notwendige Planungskosten sind für 2018 eingeplant. Da der Bau im Jahr 2019 beginnen soll, müsste das Hauptkontingent somit in 2019 abgerufen werden. Die Ausschüttung erfolgt bis in das Jahr 2021. Eine Inbetriebnahme ist jedoch bereits für 2020 angedacht. Derzeit steht noch die Bewertung des Grundstücks durch den Gutachter aus. Danach würde die Drucksache für den Beschluss des Stadtrates zum Erwerb/Grundstückstausch erarbeitet und eingebracht und sich das Genehmigungsverfahren anschließen. Somit würde die Bauphase in 2019 beginnen. Am wichtigsten ist nun die Bewilligung des Fördermittelbescheides, weswegen positive Signale vernommen werden konnten. Man befindet sich gerade am Anfang des Bauprojektes. Die Maßnahme ist bereits Bestandteil des Haushalts. Es handele sich um eine stellplatzbezogene Förderung. Im Jahre 2021 werden maximal Restarbeiten erforderlich. Eine Inbetriebnahme wird aber schon 2020 angestrebt.

Aufgrund der getroffenen Aussagen, wurde erfragt, wann mit dem Gutachten gerechnet werden kann. Es wurde mitgeteilt, dass das Gutachten noch in diesem Jahr vorliegen sollte und somit im kommenden Jahr zeitnah ein aktueller Sachstand vorgestellt werden kann.

Abschließend waren sich die Ausschussmitglieder einig, ebenfalls im Rahmen des Zwischenberichts zu überprüfen, welchen Einfluss eine endgültige Inbetriebnahme des Gerätehauses 2021 auf BUGA-Baumaßnahmen haben könnte und dies zur nächsten Sitzung in einem aktualisierten Sachstandsbericht vorgelegt werden sollte.

vertagt

5.3.1. Nachfragen von Herrn Frenzel, Fraktion SPD, aus der Sitzung des StR vom 21.11.2018 zur Drucksache 2346/18
BE: Fragesteller Herr Frenzel, Fraktion SPD
hinzugezogen: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau,
Verkehr und Liegenschaften

Es erfolgte eine gemeinsame Behandlung mit dem TOP 5.3

vertagt

6. Informationen

Aufgrund von Nachfragen des sachkundigen Bürgers, Herrn Henkel, zu aktuellen Maßnahmen in dem von ihm als Ortsteilbürgermeister betreutem Ortsteil Kerspleben sowie bereits im Stadtrat verabschiedeten Beschlüssen, wurde diesem die Vorgehensweise erläutert, um eine Beantwortung durch die betreffenden Ämter erhalten zu können.

Unter Bezugnahme auf den in der Stadt Nordhausen, während der Adventszeit ausgerufenen "Weihnachtsfrieden" für den ruhenden Verkehr in der Innenstadt, erkundigte sich der sachkundige Bürger, Herr Hutt, ob ggf. solche Maßnahmen in Zukunft auch für die Landeshauptstadt Erfurt angedacht sind.

Ein sogenannter "Weihnachtsfrieden" ist für Erfurt nicht geplant, teilte der Beigeordnete für Bürgerservice, Sicherheit und Wirtschaft, Herr Linnert mit.

Da kein weiterer Informationsbedarf bestand, beendete der stellvertretende Vorsitzende, Herr Poloczek-Becher, Fraktion FREIE WÄHLER, FDP, PIRATEN, die öffentliche Sitzung. Die Nichtöffentlichkeit wurde sodann hergestellt.

gez. Poloczek-Becher stellv. Vorsitzender gez. Schriftführer/in